

Frau Präsidentin des Thüringer Landtags  
Birgit Keller

im Hause

09.03.2022

## **Antrag**

### **der Fraktion der CDU**

#### **Energiekostenexplosion stoppen – Verbraucher und Unternehmen entlasten**

- I. Der Landtag stellt fest,
  1. dass die massiven Preissteigerungen bei Strom, Treibstoffen, Öl und Gas ein für Verbraucher wie auch Unternehmen kaum noch tragbares Maß erreicht haben.
  2. dass die derzeitigen Energiekosten in Deutschland und Thüringen höher sind als in der Mehrzahl der europäischen Nachbarländer, was zu außergewöhnlichen Belastungen bei den Verbrauchern und massiven Wettbewerbsnachteilen für die Wirtschaft führt.
  3. dass es notwendig ist, die Energieabhängigkeit Deutschlands von einzelnen Ländern zu reduzieren. Dazu braucht es einen klugen Energiemix, der unter anderem auch aus dem Zubau im Bereich der erneuerbaren Energien, insbesondere in Bezug auf die Nutzung von Sonne, Biomasse und Wasserkraft, besteht.
  4. dass es aber gleichzeitig auch kurzfristiger Maßnahmen bedarf, um eine Überforderung der Verbraucher und einen Zusammenbruch einzelner Wirtschaftszweige zu verhindern.
  5. dass insbesondere die energieintensiven Unternehmen durch die Entwicklung in Schieflage geraten, da die Kosten von Strom und Gas für diese den Hauptbestandteil der Kosten ausmachen und sie kaum Möglichkeiten haben, diese weiterzugeben.

- II. Der Landtag fordert die Landesregierung deshalb auf,
1. im Rahmen eines „Nothilfeprogramms für energieintensive Unternehmen“ in Thüringen einen Zuschuss zu den Energiemehrkosten und Betriebsmitteln über die Thüringer Aufbaubank bereitzustellen.
  2. insbesondere für energieintensive Unternehmen das unabhängige Angebot zur Energieberatung zu verstärken.
  3. auf dem Weg in die angestrebte Energieunabhängigkeit Thüringens gemeinsam mit der Wirtschaft Referenzprojekte zu entwickeln.
- III. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, sich zur Entlastung der Verbraucher auf Bundesebene dafür einzusetzen,
1. die Umsatzsteuer auf Strom-, Gas- und Fernwärmelieferungen für die Jahre 2022 und 2023 auf den ermäßigten Umsatzsteuersatz von sieben Prozent abzusenken und bei der Europäischen Union auf eine Aussetzung der Mehrwertsteuer auf Energie hinzuwirken.
  2. die Energiesteuer auf Benzin, Super und Diesel auf ein zu den unmittelbaren europäischen Nachbarländern vergleichbares Maß zu senken.
  3. die Pendlerpauschale auf mindestens 38 Cent ab dem ersten Kilometer anzuheben und dynamisch an die Abgabenbelastung des Treibstoffpreises zu koppeln.
- IV. Der Landtag fordert die Landesregierung außerdem auf, sich zur Entlastung der Thüringer Unternehmen auf Bundesebene dafür einzusetzen,
1. dass die für den Ausgleich der Schwankungen bei erneuerbaren Energien benötigten Energiespeicher, wie z. B. die vorhandenen Pumpspeicherkraftwerke, als Beitrag zum Grundlastausgleich und zur Spitzenlastsicherung angesehen werden, mit dem Ziel, dies bei der Berechnung der Stromnetzentgelte entsprechend zu berücksichtigen.
  2. dass die Glasindustrie in die Liste der Branchen aufgenommen wird, die Anspruch auf Strompreiskompensation (Beihilfen für indirekte CO<sub>2</sub>-Kosten) haben.
  3. die Stromsteuer auf das europarechtlich mögliche Minimum von 1 €/MWh (nichtgewerbliche Nutzung) bzw. 0,5 €/MWh (gewerbliche Nutzung) zu reduzieren.
  4. einen global wettbewerbsfähigen, europaweiten Industriestrompreis einzuführen.

**Begründung:**

Bereits vor Beginn des russischen Angriffskrieges auf die Ukraine mussten Bürger und Unternehmen deutliche Preissteigerungen hinnehmen. Dramatische Schwankungen in der Kostenstruktur fossiler Energieträger im Zusammenhang mit Pandemie und

Lieferengpässen, niedrige Gasspeichermengen in Europa, die Erholung der Nachfrage insbesondere in China und Asien, Ausfälle und Wartungsarbeiten an der Infrastruktur, die Erhöhung des CO<sub>2</sub>-Zertifikatspreises und der Atomausstieg waren Ursachen dieses Anstieges.

Seit Beginn des Krieges wurden die vorherigen Entwicklungen nochmal deutlich übertroffen. Die Kraftstoffpreise an den Tankstellen haben die 2€-Marke überschritten und viele Pendler fragen sich, ob der Weg zur Arbeit überhaupt noch kostendeckend ist.

Auch in der Industrie, insbesondere bei den energieintensiven Unternehmen, ist die Lage dramatisch. Es ist kaum möglich die gestiegenen Kosten in diesem Umfang an die eigenen Kunden weiterzugeben und so zehren die hohen Energieausgaben genau jene Rücklagen auf, die eigentlich für den Umstieg auf verbrauchsärmere und umweltfreundlichere Alternativen gedacht waren. Hier kann der Freistaat unmittelbar helfen und die Thüringer Standorte der energieintensiven Unternehmen durch einen finanziellen Zuschuss vor dem Aus bewahren.

Gleichzeitig haben sich die Einnahmen des Staates aus den zahlreichen Steuern auf die Energieprodukte wie Strom, Treibstoff, Öl und Gas mit dem Anstieg der Preise ebenfalls erhöht. Dies versetzt den Staat in die Lage, Bürgerinnen und Bürgern sowie Unternehmen Teile ihres eigenen Geldes zurückzugeben und sie in dieser Ausnahmesituation zu entlasten.

Für die Fraktion der CDU

Prof. Dr. Mario Voigt